

Op de voordracht van Onze Minister van Sociale Zaken,

Hebben Wij besloten en besluiten Wij :

**Artikel 1.** Artikel 1 van het koninklijk besluit van 4 september 1985 tot vaststelling van het bedrag van de vergoeding aan de stagemeesters in de huisartsgeneeskunde, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 1. De jaarlijkse vergoeding van de stagemeester in de huisartsgeneeskunde die gedurende een volledig jaar geneesheren begeleidt die in zijn praktijk werkzaam zijn, wordt vastgesteld op vijftig procent van de door de stagemeesters aan de door hem begeleide geneesheren uitgekeerde bedragen, met een maximum van 300 000 frank. »

**Art. 2.** Artikel 2 van hetzelfde besluit wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 2. De jaarlijkse vergoeding voor de stagemeester in de huisartsgeneeskunde die gedurende een volledig jaar geneesheren begeleidt die niet in zijn praktijk werkzaam zijn en die voor hen seminaries leidt, bedraagt 300 000 frank. »

**Art. 3.** Dit besluit heeft uitwerking voor de stages verricht vanaf 1 september 1986.

**Art. 4.** Onze Minister van Sociale Zaken is belast met de uitvoering van dit besluit.

Gegeven te Motril, 11 augustus 1986.

**BOUDEWIJN**

Van Koningswege :

De Minister van Sociale Zaken,

J.-L. DEHAENE

Sur la proposition de Notre Ministre des Affaires Sociales,

Nous avons arrêté et arrêtons :

**Article 1er.** L'article 1er de l'arrêté royal du 4 septembre 1985 fixant le montant de l'indemnité aux maîtres de stage en médecine générale, est remplacé par la disposition suivante :

« Article 1er. L'indemnité annuelle au maître de stage en médecine générale qui accompagne pendant une année entière des médecins qui exercent dans son cabinet, est payée par les maîtres de stage aux médecins qu'il accompagne, avec un maximum de 300 000 francs. »

**Art. 2.** L'article 2 du même arrêté est remplacé par la disposition suivante :

« Article 2. L'indemnité annuelle au maître de stage en médecine générale qui accompagne pendant une année entière des médecins qui n'exercent pas dans son cabinet et qui dirige pour eux des séminaires s'élève à 300 000 francs. »

**Art. 3.** Le présent arrêté entre en vigueur pour les stages accomplis à partir du 1er septembre 1986.

**Art. 4.** Notre Ministre des Affaires sociales est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Donné à Motril, le 11 août 1986.

**BAUDOUIN**

Par le Roi :

Le Ministre des Affaires Sociales,

J.-L. DEHAENE

## EXECUTIEVEN — EXÉCUTIFS

### RAT DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 86 — 1303

**26 JUNI 1986. — Dekret zur Regelung der Zulassung der Familien- und Seniorenhilfsdienste, der Bewilligung von Zuschüssen an diese Dienste und des Beitrags des Hilfeleistungsempfängers (1)**

Der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen, und wir, Exekutive, sanktionieren es :

#### KAPITEL I. — Allgemeine Bestimmungen

**Artikel 1.** Unter dem im vorliegenden Dekret festgelegten Bedingungen kann die Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft, nachfolgend als Exekutive bezeichnet, Familien- und Seniorenhilfsdienste, nachfolgend als Dienste bezeichnet, zulassen, die von Öffentlichen Sozialhilfzentren, Vereinigungen Öffentlicher Sozialhilfzentren oder Vereinigungen ohne Erwerbzzweck geschaffen werden.

**Art. 2.** Die Exekutive kann den Diensten, die gemäss den Bestimmungen des vorliegenden Dekretes zugelassen worden sind, Zuschüsse bewilligen.

#### KAPITEL II. — Die Zulassung

**Art. 3.** Um zugelassen zu werden, müssen die Dienste folgende Bedingungen erfüllen :

1. Ihre Aufgabe muss es sein, den Familien und alleinstehenden, betagten oder behinderten Personen, die einen entsprechenden Antrag stellen, zeitweilig und ungeachtet ihrer politischen, religiösen und philosophischen Überzeugungen Familien- oder Seniorenhelfer zur Verfügung zu stellen.

Die Hilfeleistung muss vorrangig den besonders Bedürftigen und denjenigen gewährt werden, die sich in einer finanziellen Notlage befinden, den Antragstellern also, die entweder wegen einer körperlichen oder geistigen Unfähigkeit oder wegen besonderer sozialer Umstände nicht oder nur ungenügend imstande sind, ihre Aufgabe in der Familie oder im Haushalt zu erfüllen.

Unter Hilfeleistung ist jegliche Tätigkeit zu verstehen, die mit der Erfüllung jedwelcher Aufgaben in der Familie oder im Haushalt — Unterhalt der Wohnräume einbegriffen — verbunden ist.

2. Sie müssen mindestens fünf voll- und dauerbeschäftigte Familien- oder Seniorenhelfer verfügen, die den Bestimmungen des Artikels 4 des vorliegenden Dekretes entsprechen; eine Vollzeitbeschäftigung kann durch zwei Teilzeitbeschäftigungen ersetzt werden, insofern sie einer Vollzeitbeschäftigung entsprechen.

3. Sie müssen sich dazu verpflichten, den Familienhelfern und Seniorenhelfern den Status eines Familienhelfers bzw. eines Seniorenhelfers zu geben; dieser Status wird von der Exekutive festgelegt.

(1) Sitzungsperiode 1985 1986.

Ratsdokument. — 105, Nr. 1. — Dekretentwurf. — Änderungsvorschlag Nr. 2. — Bericht Nr. 3. — Diskussion und Verabschiedung, Sitzung vom 26. Juni 1986.

4. Sie müssen pro Einheit von jährlich 15 000 von den Helfern geleisteten Stunden mindestens einen teilzeitbeschäftigten graduierten Sozialkrankenpfleger beschäftigen, welcher die sozialen Untersuchungen durchführt, den Hilfeleistungsempfängern, nachfolgend als Empfänger bezeichnet, im allgemeinen mindestens einen Besuch im Jahr, den Familien zwei Besuche pro Jahr abstattet und die Familien- und Seniorenhelfer betreut.

5. Sie müssen von den Familien- und Senioren Helfern verlangen, dass sie sich bei der Einstellung und anschliessend jährlich einer medizinischen Untersuchung unterziehen nach der Allgemeinen Arbeitsschutzordnung, die auf die Familien- und Seniorenhelfer Anwendung findet.

6. Alle Dienstgespräche und alle Gespräche mit den Antragstellern müssen vertraulich geführt werden.

7. Sie müssen sich einer Überprüfung durch die von der Exekutive bestimmten Beamten unterziehen.

8. Sie müssen die Einsprüche der Hilfeempfänger an die Exekutive weiterleiten. Die Einspruchsprozedur wird durch die Exekutive festgelegt.

9. Im Verwaltungsrat der Trägervereinigung muss die Vertretung jeder im Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft vertretenen politischen Tendenz gewährleistet sein.

**Art. 4.** Die in Artikel 3, 2. des vorliegenden Dekretes erwähnten Familien- und Seniorenhelfer müssen einen von der Exekutive ausgestellten Fähigkeitsnachweis besitzen, der nach Überprüfung der in den nachstehenden Kategorien festgelegten Bedingungen ausgehändigt wird.

Diese Kategorien sind:

1. die Inhaber eines Abschlusszeugnisses, das von einem anerkannten Ausbildungszentrum für Familien- und Seniorenhelfer in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt worden ist;

2. die Familien- und Seniorenhelfer, die einen vor dem Inkrafttreten dieses Dekretes ausgestellten Fähigkeitsnachweis besitzen;

3. die Familien- und Seniorenhelfer, die einen in deutscher Sprache ausgestellten Qualifikationsnachweis der Oberstufe des beruflichen Sekundarunterrichtes für Familienhelfer oder für Seniorenhelfer besitzen und ein Praktikum von mindestens 240 Stunden in einem für Familienhilfe oder für Seniorenhilfe zugelassenen Dienst absolviert haben;

4. die Familien- und Seniorenhelfer, die ein in der Französischen oder Flämischen Gemeinschaft oder im Ausland ausgestelltes Zeugnis oder einen Fähigkeitsnachweis besitzen, mit dem die theoretischen und praktischen Kenntnisse entsprechend den Bedingungen im Punkt 3 nachgewiesen werden können.

Falls der Arbeitgeber eine Vereinigung ohne Erwerbszweck ist, muss das Personal für den Nachweis der deutschen Sprachkenntnisse den koordinierten Gesetzen vom 18. Juli 1966 über den Sprachengebrauch in Verwaltungsangelegenheiten genügen, mit Ausnahme der Familien- und Seniorenhelfer,

1. die einen in deutscher Sprache ausgestellten Qualifikationsnachweis der Oberstufe des beruflichen Sekundarunterrichtes vorweisen können;

2. die den erfolgreichen Abschluss des Grundschulunterrichtes in deutscher Sprache nachweisen können;

3. die vor dem 1. Januar 1966 bei einem in der Deutschsprachigen Gemeinschaft anerkannten Familien- und Seniorenhilfsdienst eingestellt waren. Sie erfüllen von Rechts wegen die in diesem Artikel festgelegten Bedingungen über die Kenntnis der deutschen Sprache.

**Art. 5. § 1.** Vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 17 wird die Zulassung eines Dienstes durch die Exekutive auf den Bericht des Inspektionsdienstes hin gewährt. Ausgehend von der Bevölkerungszahl und -struktur der zu betreuenden Bevölkerung muss dieser Bericht folgendes enthalten:

1. die beantragte Anzahl Personalmitglieder;

2. die für die Berechnung der Zuschüsse zu berücksichtigende Anzahl geleisteter Stunden;

3. die Liste der Dienste und der Einrichtungen mit ähnlicher Zielsetzung;

4. den Bericht und die Schlussfolgerungen über eine Konzertierungssitzung aller Einrichtungen, die in Sachen Familien- und Seniorenhilfe in der Deutschsprachigen Gemeinschaft tätig sind.

Die Entscheidung der Exekutive wird dem betreffenden Dienst mitgeteilt. Im Falle einer Zulassung legt sie den Tag fest, an dem diese Entscheidung in Kraft tritt. Wird die Zulassung verweigert, so muss die Entscheidung begründet sein.

§ 2. Die Exekutive kann dem Dienst, der die in dem vorliegenden Dekret festgelegten Bedingungen nicht mehr erfüllt, die Zulassung durch eine begründete Entscheidung entziehen. In diesem Fall tritt die Entscheidung der Exekutive sechs Monate nach der Mitteilung des Entzugs der Zulassung in Kraft.

§ 3. Wird die Zulassung verweigert oder entzogen, so verfügt der Dienst ab der Mitteilung der Entscheidung über eine Frist von vierzehn Tagen, um der Exekutive eine Darlegung zuzustellen, in der er die Erfüllung der für die Bewilligung oder die Beibehaltung der Zulassung erforderlichen Bedingungen rechtfertigt.

In diesem Falle trifft die Exekutive eine neue begründete Entscheidung.

§ 4. Ist einem Dienst die Zulassung verweigert oder entzogen worden, so kann er frühestens sechs Monate nach der entsprechenden Mitteilung einen neuen Zulassungsantrag einreichen.

§ 5. Wenn ein Dienst die in dem vorliegenden Dekret festgelegten Zulassungsbedingungen nicht mehr erfüllt, kann die Exekutive für einen von ihr festgelegten Zeitraum das Recht auf Zuschuss aussetzen, ohne die Zulassung zu entziehen. Die Entscheidung der Exekutive muss begründet sein und dem betroffenen Dienst unverzüglich mitgeteilt werden. Sobald der Dienst die erneute Erfüllung der Zulassungsbedingungen schriftlich zufriedenstellend rechtfertigt, hebt die Exekutive die Massnahme wieder auf.

### KAPITEL III. — Die Zuschüsse

**Art. 6.** Die Exekutive bewillt den zugelassenen Diensten Zuschüsse entsprechend der von ihr jährlich festgelegten Höchstanzahl der für den Erhalt des Zuschusses annehmbaren Dienstleistungsstunden.

Reichen die Haushaltsmittel nicht aus, so wird der Betrag der Zuschüsse verhältnismässig vermindert.

Die Bewilligung der Zuschüsse hängt von folgenden Bedingungen ab:

1. Nach Feststellung der Bedürfnisse und gegebenenfalls der Notlage des Antragstellers müssen die zugelassenen Dienste Dienstleistungen erbracht haben, die der in Artikel 3, 1. festgelegten Zielsetzung entsprechen.

Die Tätigkeit des Seniorenhilfsdienstes beschränkt sich darauf, betagten und behinderten Personen zu helfen. Die Familienhelfer können sowohl den Familien als auch den betagten und behinderten Personen helfen.

2. Die Dienste müssen die Familien- und Seniorenhelfer für die ausgeführten Leistungen bezahlen und die Arbeitsgesetzgebung anwenden gemäss den Bestimmungen der Paritätischen Kommission, es sei denn, es handelt sich um das Personal, das von den in Artikel 1 des vorliegenden Dekretes erwähnten öffentlichen Diensten beamtenrechtlich ernannt worden ist.

3. Die Dienste müssen von den Empfängern einen dem Familieneinkommen und den Familienlasten entsprechenden Beitrag fordern.

4. Mit Ausnahme der Hilfe, die zugunsten der betagten oder behinderten Personen geleistet wird, darf die Gesamtheit der von einem oder von verschiedenen Diensten für denselben Fall erbrachten Leistungen während eines Kalenderjahres 800 Stunden nicht übersteigen. Die Exekutive kann von dieser Einschränkung abweichen, wenn die aussergewöhnliche Hilfeleistung durch einen Bericht des Inspektionsdienstes oder durch einen Bericht des in Artikel 3, 4. bezeichneten Sozialassistenten bzw. Sozialkrankenpflegers begründet wird.

5. Die Dienste müssen gemäss den von der Exekutive festgelegten Modalitäten einen Antrag auf Zuschuss eingereicht haben.

**Art. 7. § 1.** Der Zuschuss entspricht einem von der Exekutive festgelegten Pauschalbetrag als Beteiligung an den von der Exekutive anerkannten Lohn- und Funktionskosten.

§ 2. Der Betrag des in § 1 des vorliegenden Artikels festgelegten Pauschalzuschusses wird von der Exekutive für jedes Kalenderjahr festgelegt, wobei berücksichtigt werden :

1. die Beiträge der Hilfeempfänger;
2. die Subventionen anderer öffentlicher Einrichtungen;
3. die Fahrtkostenbeiträge der Hilfeempfänger.

**Art. 8.** Der in Artikel 7 vorgesehene Zuschuss wird nicht gewährt für Leistungen, für die der aufgrund dieses Dekretes geschuldete Beitrag nicht vom Empfänger gefordert worden ist.

**Art. 9.** Sind Leistungen erbracht worden, die für die Gewährung von Zuschüssen berücksichtigt werden können, muss der zugelassene Dienst die Kontrollunterlagen gemäss dem von der Exekutive festgelegten Muster ausfüllen.

**Art. 10.** Die Zuschüsse werden mindestens alle Vierteljahre gezahlt. Unter Androhung des Rechtsausschlusses müssen die Dienste ihren Antrag auf Zuschuss innerhalb eines Monats nach Ablauf des Vierteljahres einreichen, in dem die Leistungen erbracht worden sind.

Zwei Vorschüsse können pro Vierteljahr gewährt werden.

Keiner dieser Zuschüsse darf 40 % des Zuschusses überschreiten, der für das entsprechende Vierteljahr des vorherigen Jahres gewährt wurde, wobei jedoch die Steigerung des Verbraucherpreisindex zwischen dem bezuschussten Vierteljahr und dem entsprechenden Vierteljahr des vorherigen Jahres zusätzlich berücksichtigt werden kann. Der Verbraucherpreisindex des Vierteljahres ergibt sich aus dem Durchschnitt der monatlichen Verbraucherpreisindexe dieses Vierteljahres.

**Art. 11.** Die Exekutive kann unter den von ihr festgelegten Bedingungen Zuschüsse für die Veranstaltung von und die Teilnahme an Fortbildungskursen sowie für Tagungen, die der Zusammenarbeit der Sozialdienste und ihrer Personalmitglieder dienlich sind, gewähren.

**Art. 12.** Die bezuschussten zugelassenen Dienste übermitteln der Exekutive vor dem 30. April des Jahres nach dem abgelaufenen Kalenderjahr folgende Unterlagen :

1. die gesamte Rechnungslegung der Einnahmen und Ausgaben des Rechnungsjahres, einschliesslich einer ausführlichen Liste der Zuschüsse und der finanziellen Unterstützung aus anderen öffentlichen Verwaltungen, Einrichtungen und privaten Diensten sowie des von jedem der Empfänger geforderten Beitrags;
2. eine Kopie der Unterlagen, mit denen man dem Landesamt für Soziale Sicherheit die Arbeitsleistungen der Familien- und der Seniorenhelfer, ihre Eintragungsnummer sowie die Arbeitsleistungen der Sozialassistenten und graduerten Sozialkrankenpfleger angibt.

**Art. 13.** Der Betrag widerrechtlich erlangter Zuschüsse wird von der nächsten Zuschusszahlung abgehalten.

**Art. 14.** Unter den von der Exekutive festgelegten Bedingungen kann den Diensten ein einmaliger Zuschuss für den Ankauf beweglicher Einrichtungsgegenstände gewährt werden.

#### KAPITEL IV. — Beitrag des Empfängers

**Art. 15.** Die Exekutive legt den Beitrag fest, den ein zugelassener Dienst vom Empfänger für die erbrachte Hilfeleistung fordern muss.

Von diesem Beitrag kann nur dann abgewichen werden, wenn ein begründeter Bericht vorliegt, der von einer der in Artikel 3, 4. erwähnten Personen verfasst worden ist. Diese Berichte unterliegen der in Artikel 3, 7. vorgesehenen Kontrolle.

Der zugelassene Dienst kann vom Hilfeempfänger eine prozentuale Beteiligung an den Fahrtkosten der Familien- und Seniorenhelfer fordern. Der für die Berechnung der Fahrtkostenbeteiligung angewandte Prozentsatz ist identisch mit dem Prozentsatz, der sich in Anwendung von Absatz 1 dieses Artikels aus der Berechnung des Eigenleistungsbetrages ergibt.

Diese Fahrtkosten müssen jährlich von der Exekutive genehmigt werden.

#### KAPITEL V. — Übergangs-, Aufhebungs- und Schlussbestimmungen

**Art. 16.** Aufgehoben werden, was die Deutschsprachige Gemeinschaft betrifft :

1. der Königliche Erlass vom 16. Oktober 1975, der innerhalb der Wallonischen Region die Zulassung der Familien- und Seniorenhilfsdienste und die Bewilligung von Zuschüssen an diese Dienst regelt, abgeändert durch die Königlichen Erlasse vom 11. März 1976, 13. Mai und 2. Juni 1977, 14. November 1978 und 11. Februar 1981;
2. der Ministerielle Erlass vom 27. Mai 1977 betreffend den Beitrag des Hilfeempfängers.

**Art. 17.** Die bereits anerkannten oder zugelassenen Dienste für Familien- oder Seniorenhilfe bleiben ab Verabschiedung des Dekretes für die Dauer eines Jahres anerkannt.

Bleiben für die Deutschsprachige Gemeinschaft als Übergangsmassnahmen weiterhin in Kraft :

1. der Königliche Erlass vom 12. September 1978 bezüglich der Organisation der Ausbildungszentren für Seniorenhelfer in der Wallonischen Region;
2. der Königliche Erlass vom 12. September 1978 bezüglich der Organisation der Ausbildungszentren für Familienhelfer in der Wallonischen Region;

3. der Ministerielle Erlass vom 6. April 1967 zur Genehmigung des Status des Familienhelfers;  
4. der Ministerielle Erlass vom 6. April 1967 zur Genehmigung des Status des Seniorenhelfers.

Art. 18. Vorliegendes Dekret tritt am 1. Juli 1986 in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Eupen, den 26. Juni 1986.

B. FAGNOUL,

Vorsitzender der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft,  
Gemeinschaftsminister für Finanzen, Ausbildung, kulturelle Animation und Aussenbeziehungen.

J. MARAITE,

Gemeinschaftsminister für Volksgesundheit und Familie, Sport und Tourismus.

M. LEJOLY,

Gemeinschaftsminister für Jugend, Ständige Weiterbildung, Kulturerb und Medien.

#### TRADUCTION

#### COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 86 — 1303

26 JUIN 1986. — Décret réglant l'agrément des services d'aide aux familles et aux personnes âgées, l'octroi de subventions à ces services et la contribution du bénéficiaire de l'aide

Le Conseil de la Communauté germanophone a adopté, et Nous, Exécutif, sanctionnons ce qui suit :

#### CHAPITRE I. Dispositions générales

Art. 1er. Dans les conditions déterminées par le présent décret, l'Exécutif de la Communauté germanophone, ci-après dénommé Exécutif, peut agréer des services d'aide aux familles et aux personnes âgées, ci-après dénommés services, qui sont créés par les centres publics d'aide sociale, les associations de centres publics d'aide sociale et les associations sans but lucratif.

Art. 2. L'Exécutif peut accorder des subventions aux services agréés conformément aux dispositions du présent décret.

#### CHAPITRE II. — Agréation

Art. 3. Pour être agréés, les services doivent remplir les conditions suivantes :

1. Avoir pour objet de mettre, temporairement et sans distinction d'opinion politique, philosophique ou religieuse, des aides familiales ou des aides seniors à la disposition des familles, des personnes isolées, âgées ou handicapées qui en font la demande. Les aides doivent être accordées par priorité à ceux qui en ont le plus besoin et qui sont les moins favorisés sur le plan financier, c'est-à-dire aux requérants qui ne sont pas ou insuffisamment en état d'accomplir leur tâche familiale ou ménagère, en raison, soit d'une incapacité physique ou mentale, soit de circonstances sociales particulières. Par aide, il y a lieu d'entendre toute activité liée à l'accomplissement des tâches familiales ou ménagères, quelles qu'elles soient, en ce compris l'entretien des lieux d'habitation.

2. Employer à temps plein et de façon permanente au moins cinq aides familiales ou aides seniors qui répondent aux conditions de l'article 4 du présent décret; un emploi à temps plein peut être remplacé par deux emplois à temps partiel, pour autant qu'ils correspondent à un emploi à temps plein.

3. S'engager à appliquer aux aides familiales et aux aides seniors respectivement le statut de l'aide familiale ou de l'aide senior; ce statut est fixé par l'Exécutif.

4. Par tranche de 15 000 heures prestées en un an par les aides, avoir au minimum en service un assistant social ou un infirmier social gradué à raison d'un mi-temps qui effectuera les enquêtes sociales, rendra au moins une visite annuelle aux personnes âgées et deux visites annuelles aux familles et encadrera les aides familiales et seniors.

5. Exiger des aides familiales et des aides seniors qu'elles se soumettent, lors de l'embauche et ensuite annuellement, à un contrôle médical selon le règlement général de la protection du travail qui est applicable aux aides familiales et seniors.

6. Assurer le caractère confidentiel tant des entretiens de service que des entretiens avec les demandeurs d'aide.

7. Se soumettre au contrôle exercé par les agents délégués par l'Exécutif.

8. Transmettre à l'Exécutif les réclamations des bénéficiaires. La procédure de réclamation est fixée par l'Exécutif.

9. Toutes les tendances politiques représentées au Conseil de la Communauté germanophone doivent l'être aussi au Conseil d'administration du pouvoir organisateur.

(1) Session 1985-1986.

Document du Conseil. — 105, n° 1. — Projet de décret. — Amendement n° 2. — Rapport n° 3. — Discussion et adoption. Séance du 26 juin 1986.

**Art. 4.** Les aides familiales et seniors dont question à l'article 3, 2<sup>o</sup>, du présent décret doivent être en possession d'une attestation de capacité délivrée par l'Exécutif et qui leur est remise après un examen des conditions fixées dans les catégories suivantes.

Ces catégories sont :

1. les détenteurs d'un certificat de fin d'études délivré par un centre agréé de formation d'aides familiales et seniors de la Communauté germanophone;
2. les aides familiales et seniors en possession d'une attestation de capacité délivrée avant l'entrée en vigueur du présent décret;
3. les aides familiales et seniors en possession d'un certificat de qualification du cycle supérieur de l'enseignement secondaire professionnel délivré en langue allemande qui ont effectué un stage de 240 heures minimum dans un service agréé d'aide aux familles et aux personnes âgées;
4. les aides familiales et seniors en possession d'un certificat délivré par la Communauté française, la Communauté flamande ou à l'étranger, ou d'une attestation de capacité prouvant l'acquisition des connaissances théoriques et pratiques répondant aux conditions du point 3.

Si l'employeur est une association sans but lucratif, le personnel doit satisfaire, pour la preuve de la connaissance de la langue allemande, aux lois sur l'emploi des langues en matière administrative coordonnées le 18 juillet 1960, à l'exception des aides familiales et seniors qui :

1. peuvent produire un certificat de qualification du cycle supérieur de l'enseignement secondaire professionnel délivré en langue allemande;
2. peuvent prouver avoir terminé avec fruit l'enseignement primaire en langue allemande;
3. ont été engagées avant le 1er janvier 1986 auprès d'un service d'aide aux familles et aux personnes âgées, agréé dans la Communauté germanophone. Elles remplissent de plein droit les conditions fixées dans cet article quant à la connaissance de la langue allemande.

**Art. 5. § 1.** Sans préjudice des dispositions de l'article 17, l'agrément d'un service est accordée par l'Exécutif au vu d'un rapport du service d'Inspection.

En prenant pour base le nombre d'habitants et la structure démographique de la zone à desservir, ce rapport devra mentionner :

1. la capacité d'emploi souhaitée;
2. le nombre d'heures de prestation à prendre en considération pour le calcul des subventions;
3. la liste des services et des institutions poursuivant un but analogue;
4. le rapport et les conclusions d'une réunion de concertation des institutions s'occupant de l'aide aux familles et aux personnes âgées dans la Communauté germanophone.

La décision de l'Exécutif est communiquée au service intéressé. En cas d'agrément, il fixe la date à laquelle cette décision entre en vigueur. En cas de refus d'agrément, il doit motiver sa décision.

§ 2. L'Exécutif peut, par décision motivée, retirer l'agrément au service qui ne remplit plus les conditions fixées dans le présent décret. Dans ce cas, la décision de l'Exécutif entrera en vigueur six mois après la notification du retrait de l'agrément.

§ 3. En cas de refus ou de retrait d'agrément, le service dispose d'un délai de quatorze jours à dater de la notification de la décision pour adresser à l'Exécutif un mémoire justifiant que les conditions requises pour l'octroi ou le maintien de l'agrément sont remplies. Dans ce cas, l'Exécutif prend une nouvelle décision motivée.

§ 4. Le service auquel l'agrément est refusé ou retiré peut, au plus tôt six mois après la notification du refus ou du retrait, introduire une nouvelle demande d'agrément.

§ 5. Si un service ne remplit plus les conditions d'agrément fixées par le présent décret, l'Exécutif peut pour une durée déterminée par lui suspendre le droit au subventionnement, sans retirer l'agrément. La décision de l'Exécutif doit être motivée et être transmise sans délai au service concerné. Dès que le service atteste par écrit qu'il remplit à nouveau les conditions d'agrément, l'Exécutif suspend cette mesure.

### CHAPITRE III. — Subventions

**Art. 6. 1.** L'Exécutif octroie des subventions aux services agréés d'après le nombre maximum d'heures de prestation admissibles au bénéfice de la subventions, nombre qu'il fixe annuellement.

Si les moyens budgétaires sont insuffisants, le montant de la subvention est réduit de façon proportionnelle.

L'octroi des subventions est subordonné aux conditions suivantes :

1. Les services agréés doivent avoir effectué, après avoir constaté les besoins et les nécessités du demandeur, des prestations qui répondent aux objectifs fixés à l'article 3, 1.

L'activité d'aide senior se limite à l'aide aux personnes âgées et handicapées. L'aide familiale peut aider tant des familles que des personnes âgées et handicapées.

2. Les services doivent rémunérer les aides familiales et seniors pour les prestations effectuées et appliquer la législation du travail selon les dispositions de la Commission paritaire, sauf s'il s'agit d'un personnel statutaire nommé par les services publics visés à l'article 1er du présent décret.

3. Les services doivent exiger des bénéficiaires de l'aide une contribution en rapport avec les ressources et les charges de la famille.

4. L'ensemble des prestations fournies par un ou plusieurs service(s) ne peut, pour un même cas, excéder 800 heures par année civile à l'exception de l'aide fournie aux personnes âgées ou handicapées.

L'Exécutif peut déroger à cette limitation lorsque l'aide extraordinaire est motivée par un rapport du service d'Inspection ou de l'assistant social ou infirmier social gradué visé à l'article 3, 4.

5. Les services doivent avoir introduit une demande de subventions conformément aux modalités fixées par l'Exécutif.

**Art. 7. § 1.** La subvention correspond à une somme forfaitaire fixée par l'Exécutif, à titre d'intervention dans les charges salariales et les frais de fonctionnement reconnus par l'Exécutif.

§ 2. Le montant de la subvention forfaitaire fixé au § 1er du présent article, est fixé par l'Exécutif pour chaque année civile en tenant compte :

1. de la contribution des bénéficiaires;
2. des subventions accordées par d'autres institutions publiques;
3. de la participation des bénéficiaires dans les frais de déplacement.

**Art. 8.** La subvention prévue à l'article 7 n'est pas octroyée en cas de prestations pour lesquelles le montant dû en vertu du présent décret n'est pas exigé du bénéficiaire.

**Art. 9.** Si des prestations pouvant être prises en compte pour l'octroi de subventions ont été effectuées, le service agréé doit remplir les documents de contrôle selon le modèle déterminé par l'Exécutif.

**Art. 10.** Les subventions sont liquidées au moins trimestriellement. Sous peine de forclusion, les services doivent introduire leur demande de subventions dans le mois qui suit l'expiration du trimestre au cours duquel les prestations ont été accomplies.

Deux subventions provisionnelles peuvent être accordées par trimestre.

Aucune de ces subventions ne peut dépasser 40 % de la subvention allouée pour le trimestre correspondant de l'année précédente. Toutefois, on pourra tenir compte de l'augmentation de l'indice des prix à la consommation intervenue entre le trimestre en question et le trimestre correspondant de l'année précédente. L'indice des prix à la consommation du trimestre se calcule sur base de la moyenne des indices des prix à la consommation des mois constituant ce trimestre.

**Art. 11.** Dans des conditions fixées par lui, l'Exécutif peut accorder des subventions pour l'organisation de et la participation à des cours de perfectionnement ainsi qu'à des conférences qui peuvent être utiles à la collaboration entre les services sociaux et leur personnel.

**Art. 12.** Les services agréés subventionnés envoient les documents suivants à l'Exécutif, avant le 30 avril de l'année suivant l'exercice civil écoulé :

a) le compte complet des recettes et dépenses de l'exercice, y compris un relevé détaillé des subventions et des interventions financières qui proviennent d'autres administrations publiques, institutions, et services privés, ainsi que de la contribution exigée de chacun des bénéficiaires;

b) une copie des documents de déclaration à l'Office national de sécurité sociale, mentionnant les prestations de travail des aides familiales et aides seniors, leur n° d'immatriculation, ainsi que les prestations de travail des assistants sociaux et infirmiers sociaux gradués.

**Art. 13.** Le montant de subventions réclames indûment est soustrait du prochain paiement de subventions.

**Art. 14.** Dans les conditions fixées par l'Exécutif, les services peuvent se voir octroyer une subvention exceptionnelle pour l'achat de biens mobiliers d'installation.

#### CHAPITRE IV. — Contribution du bénéficiaire

**Art. 15.** L'Exécutif détermine le montant qu'un service agréé doit exiger du bénéficiaire pour l'aide fournie. On ne peut déroger à ce montant que sur présentation d'un rapport motivé rédigé par une des personnes visées à l'article 3, 4. Ces rapports sont soumis aux contrôles prévus à l'article 3, 7.

Le service agréé peut exiger du bénéficiaire une participation proportionnelle aux frais de déplacement des aides familiales ou seniors. Le pourcentage utilisé pour le calcul de la participation aux frais de déplacement est identique à celui qui résulte du calcul du montant de la prestation personnelle en application du 1er alinéa de cet article.

Ces frais de déplacement doivent être approuvés chaque année par l'Exécutif.

#### CHAPITRE V. — Dispositions transitoires, abrogatoires et finales

**Art. 16.** Sont abrogés en ce qui concerne la Communauté germanophone :

1. l'arrêté royal du 18 octobre 1975 réglant pour la Région wallonne l'agrégation des services d'aide aux familles et aux personnes âgées et l'octroi de subventions à ces services, modifié par les arrêtés royaux des 11 mars 1976, 13 mai 1977, 2 juin 1977, 14 novembre 1978 et 11 février 1981;

2. l'arrêté ministériel du 27 mai 1977 relatif à la contribution du bénéficiaire de l'aide.

**Art. 17.** Les services d'aide aux familles et aux personnes âgées déjà reconnus ou agréés restent reconnus pour une durée d'un an à partir de l'adoption du présent décret.

Sont maintenus en vigueur à titre transitoire pour la Communauté germanophone :

1. l'arrêté royal du 12 septembre 1978 relatif à l'organisation des centres de formation pour aides seniors en Région wallonne;

2. l'arrêté royal du 12 septembre 1978 relatif à l'organisation des centres de formation pour aides familiales en Région wallonne;

3. l'arrêté ministériel du 6 avril 1967 portant approbation du statut de l'aide familiale;

4. l'arrêté ministériel du 6 avril 1967 portant approbation du statut de l'aide senior.

**Art. 18.** Le présent décret entre en vigueur le 1er juillet 1986.

Promulguons le présent décret, ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Donné à Eupen, le 26 juin 1986.

B. FAGOUL,

Président de l'Exécutif de la Communauté germanophone,

Ministre communautaire des Finances, de la Formation, de l'Animation culturelle et des Relations extérieures.

J. MARAITE,

Ministre communautaire de la Santé publique et de la Famille, du Sport et du Tourisme.

M. LEJOLY,

Ministre communautaire de la Jeunesse, de l'Education permanente, du Patrimoine culturel et des Media.

N. 86 — 1303

## VERTALING

## DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

26 JUNI 1986. — Decreet tot regeling van de erkenning van de diensten voor gezins- en bejaardenhulp, van de toekenning van subsidies aan deze diensten en van de bijdragen van de beneficiant van de hulp

De Raad van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen, en Wij, Executieve, bekrachtigen hetgeen volgt:

HOOFDSTUK I. — *Algemene bepalingen*

**Artikel 1.** De Executieve van de Duitstalige Gemeenschap, hierna Executieve genoemd, kan, overeenkomstig de voorwaarden bepaald bij onderhavig decreet, diensten voor gezins- en bejaardenhulp, hierna diensten genoemd, erkennen die door de openbare centra voor maatschappelijk welzijn, de verenigingen van openbare centra voor maatschappelijk welzijn en de verenigingen zonder winstoogwerk opgericht zijn.

**Art. 2.** De Executieve kan subsidies toekennen aan de overeenkomstig de bepalingen van dit decreet erkende diensten.

HOOFDSTUK II. — *De erkenning*

**Art. 3.** Om erkend te worden moeten de diensten volgende voorwaarden vervullen:

1. Als taak hebben, tijdelijk en zonder onderscheid van politieke, filosofische of godsdienstige overtuiging gezinshelpers of bejaardenhelpers ter beschikking te stellen van de gezinnen, alleenstaanden, bejaarden of gehandicapten die erom verzoeken.

In de eerste plaats moeten de helpers worden toevertrouwd aan dezen die er het meeste nood aan hebben en die op financieel vlak het minst begunstigd zijn, d.w.z. de verzoekers die niet of onvoldoende in staat zijn hun gezins- of huishoudelijke taak te vervullen, hetzij wegens lichamelijke of geestelijke ongeschiktheid, hetzij wegens bijzondere sociale omstandigheden.

Onder hulp moet elke taak worden verstaan die in verband staat met de vervulling van oven welke gezins- of huishoudelijke taak, met inbegrip van het onderhoud van de woonruimten.

2. Ten minste vijf gezinshelpers of bejaardenhelpers die aan de in artikel 4 van dit decreet vermelde voorwaarden beantwoorden, voltijds en doorlopend tewerkstellen; een voltijdse betrekking kan worden vervangen door twee deeltijdse betrekkingen voor zover ze overeenstemmen met één voltijdse betrekking.

3. Zich verbinden, het statuut van de gezinshelper of bejaardenhelper op de gezinshelpers resp. bejaardenhelpers toe te passen; dit statuut wordt door de Executieve vastgelegd.

4. Per schijf van 15 000 door de helpers in één jaar gepresteerde uren één maatschappelijk assistent of één gegradueerde sociale verpleger ten minste met deeltijdse werkprestaties in dienst hebben, ten einde de maatschappelijke onderzoeken uit te voeren, ten minste een jaarlijks bezoek aan de bejaarden en twee jaarlijkse bezoeken aan de gezinnen te verzekeren en de gezinshelpers en bejaardenhelpers te begeleiden.

5. Van de gezinshelpers en bejaardenhelpers gezondheidswaarborgen eisen door ze bij de aanwerving en vervolgens ieder jaar aan een geneeskundig onderzoek te onderwerpen, volgens het algemene reglement op de arbeidsbescherming, dat op de gezinshelpers en bejaardenhelpers van toepassing is

6. Het vertrouwelijk karakter zowel van de dienstgesprekken als van de gesprekken met de hulpverzoekers verzekeren.

7. Zich aan de controle onderwerpen die door de ambtenaren uitgevoerd wordt, die door de Executieve bepaald worden.

8. De Executieve de bezwaarschriften van de beneficianten doorzenden; de procedure wordt door de Executieve bepaald.

9. Alle bij de raad van de Duitstalige Gemeenschap vertegenwoordigde politieke tendensen moeten ook bij de raad van beheer van de verantwoordelijke instantie vertegenwoordigd zijn.

**Art. 4.** De gezinshelpers en de bejaardenhelpers bedoeld in artikel 3, 2<sup>o</sup>, van dit decreet moeten houder zijn van een door de Executieve afgeleverd bekwaamheidsattest dat hen na onderzoek van de in de volgende categorieën vastgelegde voorwaarden afgegeven wordt.

Deze categorieën zijn:

1. De houders van een diploma afgeleverd door een erkend vormingscentrum voor gezinshelpers en bejaardenhelpers gelegen in de Duitstalige Gemeenschap.

2. De gezinshelpers en bejaardenhelpers die een bekwaamheidsattest bezitten, dat voor het inwerkingtreden van dit decreet afgeleverd is.

3. De gezinshelpers en bejaardenhelpers die houder zijn van een duitstalig bekwaamheidsattest afgeleverd door het hoger secundair beroepsonderwijs voor gezinshelpers en bejaardenhelpers en die een stage van minimum 240 uren volbracht hebben in een erkende dienst van gezins- en bejaardenhulp.

4. De gezinshelpers en bejaardenhelpers die een door de Franse Gemeenschap, de Vlaamse Gemeenschap of in het buitenland afgeleverd getuigschrift ofwel een bekwaamheidsattest bezitten waaruit blijkt dat zij de theoretische en praktische kennis verworven hebben die aan de voorwaarden van punt 3 voldoen.

(1) *Zitting 1985-1986.*

*Bescheiden van de Raad. — 105, nr. 1. — Ontwerp van decreet. — Amendement nr. 2. — Verslag nr. 3. — Bespreking en aanneming. Vergadering van 26 juni 1986.*

Is de arbeidgever een vereniging zonder winstoogmerk, dan moet het personeel aan de op 18 juli 1966 gecoördineerde wetten over het taalgebruik in de administratie voldoen, wat het bewijs van de kennis van de Duitse taal betreft, met uitzondering van de gezinshelpers en bejaardenhulpers die :

1. een duitstalig bekwaamheidsattest afgeleverd door het hoger secundair beroepsonderwijs kunnen voorleggen;
2. kunnen bewijzen dat ze het primair onderwijs met vrucht in de Duitse taal beëindigd hebben;
3. vóór 1 januari 1966 aangeworven werden door een erkende dienst van gezins- en bejaardenhulp gelogen in de Duitstalige Gemeenschap. Ze vervullen met recht de in dit artikel vastgelegde voorwaarden over de kennis van de Duitse taal.

Art. 5. § 1. Onverminderd de bepalingen van artikel 17 wordt de erkenning van een dienst door de Executieve op verslag van de inspectiedienst toegestaan.

Op basis van het aantal en de demografische structuur van de te bedienen bevolking moet dit verslag het volgende omvatten :

1. het gewenste aantal personeelsleden;
2. het voor de berekening van de subsidies in aanmerking komende aantal prestatie-uren;
3. de lijst van de diensten en inrichtingen met een gelijkgesteld doel;
4. het overzicht en de conclusies van een beraadslagingsvergadering van alle inrichtingen die inzake gezins- en bejaardenhulp in de Duitstalige Gemeenschap werkzaam zijn.

De beslissing van de Executieve wordt aan de betrokken dienst medegedeeld. In geval van erkenning bepaalt ze de datum waarop deze beslissing in werking treedt. Wordt de erkenning geweigerd, dan is de beslissing met redenen omkleed.

§ 2. De Executieve kan de dienst, die de bij dit decreet gestelde voorwaarden niet meer vervult, de erkenning bij een met redenen omklede beslissing onttrekken. In dit geval treedt de beslissing van de Executieve zes maanden na de kennisgeving van de onttrekking in werking.

§ 3. In geval van weigering of onttrekking van de erkenning beschikt de dienst vanaf de kennisgeving van de beslissing over veertien dagen om aan de Executieve een memorandum te richten, in welk hij de vervulling van de voor de toekenning of het behoud van de erkenning vereiste voorwaarden rechtvaardigt.

In dit geval neemt de Executieve een nieuwe met redenen omklede beslissing.

§ 4. De dienst waaraan de erkenning geweigerd of onttrokken wordt, kan — op z'n vroegst zes maanden na de kennisgeving van de weigering resp. onttrekking — een nieuwe aanvraag tot erkenning indienen.

§ 5. Indien een dienst de door dit decreet vastgelegde erkenningsvoorwaarden niet meer vervult, kan de Executieve het recht op subsidies tijdens een door hem bepaalde periode opheffen, zonder de erkenning te onttrekken.

De beslissing van de Executieve moet met redenen omkleed zijn en de betrokken dienst onmiddellijk medegedeeld worden. Zodra de dienst schriftelijk bewijst dat hij opnieuw de erkenningsvoorwaarden vervult, heft de Executieve deze maatregel op.

### HOOFDSTUK III. — *Subsidies*

Art. 6. De Executieve kent de erkende diensten subsidies toe volgens het door hem jaarlijks bepaalde maximum aantal subsidieerbare prestatie-uren.

Indien de begrotingsmiddelen onvoldoende zijn, wordt het bedrag van de subsidies evenredig verminderd.

De Toekenning van de subsidies is aan volgende voorwaarden onderworpen :

1. Na constatering van de behoeften en eventueel van de nood situatie van de hulpverzoeker moeten de erkende diensten prestaties geleverd hebben die aan de in artikel 3, 1<sup>o</sup>, gestelde doeleinden beantwoorden.

De activiteit van de bejaardenhulp is beperkt tot de hulpverlening bij bejaarden en bij gehandicapten.

De gezinshelper mag zowel de gezinnen als de bejaarden en gehandicapten helpen.

2. De diensten moeten de gezinshelpers en de bejaardenhulpers voor de geleverde prestaties bezoldigen en de arbeidswetgeving toepassen volgens de bepalingen van de paritaire commissie, tenzij het gaat om het statutair personeel dat door de in artikel 1 van dit decreet bedoelde openbare diensten benoemd wordt.

3. De diensten moeten een met de middelen en de lasten van het gezin overeenstemmende bijdrage van de beneficianten eisen.

4. Met uitzondering van de hulp geboden aan bejaarden of gehandicapten mag het geheel van de door één of verschillende dienst(en) geleverde prestaties per burgerlijk jaar 800 uren niet overschrijden. De Executieve kan van deze beperking afwijken wanneer deze uitzonderlijke hulp gemotiveerd is door een verslag van de inspectiedienst of door een verslag van de in artikel 3, 4<sup>o</sup>, bedoelde maatschappelijke assistent of sociale verpleger.

5. De diensten moeten een aanvraag om subsidies volgens de door de Executieve bepaalde modaliteiten ingediend hebben.

Art. 7. § 1. De subsidie bestaat uit een forfaitair bedrag, dat door de Executieve bepaald wordt, als tussenkomst in de door de Executieve erkende loon- en werkingskosten.

§ 2. Het bedrag van de forfaitaire subsidie vastgesteld bij § 1 van dit artikel zal door de Executieve voor elk burgerlijk jaar bepaald worden, rekening houdend met :

1. de bijdragen van de beneficianten van de hulp;
2. de door andere openbare inrichtingen toegekende subsidies;
3. de deelneming van de beneficiant in de verplaatsingskosten.

Art. 8. De bij artikel 7 voorziene subsidie wordt niet toegekend indien het gant om prestaties waarvoor het volgens dit decreet schuldige bedrag niet door de beneficiant geëist is.

Art. 9. Indien prestaties geleverd worden die in aanmerking kunnen worden genomen voor de toekenning van subsidies, dan moet de erkende dienst de controledocumenten opstellen volgens het door de Executieve vastgelegde model.



**Art. 10.** De subsidies worden minstens driemaandelijks uitgekeerd. Op straf van uitsluiting moeten de diensten hun aanvraag om subsidies indienen binnen de maand volgend op het trimester tijdens hetwelk de prestaties werden geleverd. Er kunnen per trimester twee provisionele subsidies worden verleend.

Elke van deze subsidies mag 40% van de voor het overeenkomstige trimester van het vorige jaar toegekende subsidie niet overschrijden. Toch kan rekening gehouden worden met de verhoging van het indexcijfer der consumptieprijsen die plaatsgevonden heeft tussen het betrokken trimester en het overeenkomstige trimester van het vorige jaar. Het indexcijfer der consumptieprijsen van het trimester wordt berekend op basis van het gemiddelde van de maandelijkse indexcijfers der consumptieprijsen van dit trimester.

**Art. 11.** Onder de door hem bepaalde voorwaarden kan de Executieve subsidies toekennen voor de organisatie van en de deelneming aan vervolmingscursussen, alsook aan conferenties die voor de samenwerking tussen de sociale diensten en hun personeel nuttig kunnen zijn.

**Art. 12.** De gesubsidieerde erkende diensten zenden aan de Executieve vóór 30 april van het jaar volgens op het afgelopen burgerlijk dienstjaar:

a) de volledige dienstjaarrekening van ontvangsten en uitgaven, met inbegrip van een gedetailleerde opgave van al de subsidies en financiële tussenkomst afkomstig van andere openbare besturen, instellingen en privé-diensten, evenals de bijdrage geëist van elke beneficiant;

b) een afschrift van de staten van aangifte bij de Rijkssociale Zekerheid waaruit de werkprestaties van de gezinshelpers en de bejaardenhelpers met vermelding van het inschrijvingsnummer, en van de maatschappelijke assistenten en geïnduceerde verplegers blijken.

**Art. 13.** Het bedrag van ten onrechte vereiste subsidies wordt van volgende liquidatie van subsidies afgetrokken.

**Art. 14.** Onder de door de Executieve bepaalde voorwaarden kunnen de diensten een unieke subsidie verkrijgen om zich roerende goederen voor hun installatie te verschaffen.

#### HOOFDSTUK IV. — Bijdrage van de beneficiant

**Art. 15.** De Executieve stelt het bedrag vast dat een erkende dienst voor de geboden hulp van de beneficiant vereisen moet.

Van dit bedrag mag men slechts afwijken wanneer een door één van de bij artikel 3, 4<sup>o</sup>, bedoelde personen opgesteld verslag voorgelegd wordt.

Deze verslagen worden aan de bij artikel 3, 7<sup>o</sup>, voorziene controles onderworpen.

De erkende dienst kan van de beneficiant een bijdrage eisen als aandeel in de verplaatsingskosten van de gezinshelpers of bejaardenhelpers.

Het percentage dat voor de berekening van het aantal in de verplaatsingskosten in aanmerking genomen wordt, is hetzelfde als het percentage dat in toepassing van het 1<sup>e</sup> lid van dit artikel bij de berekening van het bedrag van de persoonlijke prestatie verkregen wordt.

Deze verplaatsingskosten moeten jaarlijks door de Executieve goedgekeurd worden.

#### HOOFDSTUK V. — Overgangs-, ophettings- en slotbepalingen

**Art. 16.** Worden opgeheven, wat de Duitstalige Gemeenschap betreft :

1. het koninklijk besluit van 10 oktober 1975 tot regeling voor het Waalse Gewest van de erkenning van de diensten voor gezins- en bejaardenhulp en van de toekenning van toelagen aan deze diensten, gewijzigd bij de koninklijke besluiten van 11 maart 1976, 13 mei 1977, 2 juni 1977, 14 november 1978 en 11 februari 1981;

2. het ministerieel besluit van 27 mei 1977 betreffende de bijdrage van de beneficiant van de hulp.

**Art. 17.** De reeds erkende of toegelaten diensten voor gezins- en bejaardenhulp blijven vanaf het aannemen van dit decreet voor één jaar erkend.

Voor de Duitstalige Gemeenschap blijven van kracht als overgangsmaatregelen :

1. Het koninklijk besluit van 12 september 1978 betreffende de organisatie van vormingscentra voor bejaardenhelpers in het Waalse Gewest.

2. Het koninklijk besluit van 12 september 1978 betreffende de organisatie van vormingscentra voor gezinshelpers in het Waalse Gewest.

3. Het ministerieel besluit van 6 april 1987 houdende goedkeuring van het statuut van de gezinshelper.

4. Het ministerieel besluit van 6 april 1987 houdende goedkeuring van het statuut van de bejaardenhelper.

**Art. 18.** Dit decreet treedt in werking op 1 juli 1986.

Door de Raad van de Duitstalige Gemeenschap aangenomen.

Kondigen dit decreet af, bevelen dat het in het *Belgisch Staatsblad* zal worden bekendgemaakt.

Gegeven te Eupen, op 26 juni 1986.

B. FAGNOUL,

Voorzitter van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap,  
Gemeenschapsminister van Financiën, Vorming, Culturele Activatie en Buitenlandse Betrekkingen.

J. MARATTE,

Gemeenschapsminister van Volksgezondheid en Gezin, Sport en Toerisme.

M. LEJOLY,

Gemeenschapsminister van Jeugd, Permanente Vorming, Cultureel Patrimonium en Media.